

A. DIE ZUSTÄNDIGKEIT DES BUNDES FÜR DIE BAHNPOLIZEI NACH § 3 BPOLG - EINE ANALYSE ZUR HERLEITUNG VON KOMPETENZEN DURCH DAS BUNDESVERFASSUNGSGERICHT7

I. Einleitung7

II. Schwerpunkt der Untersuchung8

III. Geschichte und Aufgaben von (Bundes-)Grenzschutz bzw. Bundespolizei9

1. Tradition von Grenzschutz und Polizei in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert9
2. Einrichtung des Bundesgrenzschutzes11
3. Neue Aufgaben durch die Einführung der Notstandsverfassung 196815
4. Entwicklungen seit Mitte der 1980er Jahre17
5. Veränderungen seit dem Jahr 200020
6. Grenzsicherung als im Grundgesetz verankerte Aufgabe23

IV. Geschichte und Zuständigkeit für die Bahnpolizei25

1. Entstehung der Bahnpolizei im frühen 19. Jahrhundert25
2. Bahnpolizei in der Weimarer Republik27
3. Bahnpolizei nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland33
4. Entwicklungen im Bereich der Bahnpolizei ab den 1990er Jahren36
5. Normierung der Bahnpolizei in § 3 BPoLG40
 - a. Voraussetzungen der Verfassungsmäßigkeit von § 3 BPoLG41
 - aa. Verteilung und Zuweisung der Gesetzgebungskompetenzen44
 - bb. Verteilung und Zuweisung der Verwaltungskompetenzen45
 - cc. Weitere Überlegungen bei Kompetenzabgrenzungen46
 - dd. Kompetenz zur Gefahrenabwehr durch den Bund im Grundgesetz47
 - b. Herleitung der Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenz für die Bahnpolizei49
 - aa. Artikel 73 Absatz 1 Nummer 5 i. V. m. Artikel 87 Absatz 1 Satz 2 Grundgesetz49
 - bb. Artikel 73 Absatz 1 Nummer 6a i. V. m. Artikel 87e Grundgesetz50
 - cc. Einschätzung in der Literatur zur Herleitung der Kompetenz für die Bahnpolizei durch das Bundesverfassungsgericht51
 - c. Rahmenbedingungen für die Zuweisung von Verwaltungsaufgaben nach Artikel 83 ff. GG54
 - aa. Übertragung von Aufgaben auf die Bundespolizei außerhalb des Grundgesetz55
 - aaa. Notwendigkeit einer Enumeration im Grundgesetz55
 - bbb. Einfaches Gesetz für die Aufgabenübertragung ausreichend57
 - ccc. Ergebnis zur Frage einer Enumeration der Bundespolizeiaufgaben im Grundgesetz59
 - bb. Spezielle Vorbehalte bei der Bahnpolizeiaufgabe62
 - aaa. Unlösbare Verknüpfung mit der Bahnverwaltung63
 - bbb. Lösbarkeit der Verbindung mit der Bahnverwaltung64
 - ccc. Ergebnis zur Herauslösung aus der Bahnverwaltung65
 - d. Einführung der "Geprägeformel" durch das BVerfG66

B. ANALYSE ZUR "GEPRÄGEFORMEL" DES BVERFG69

I. Einschätzungen zur "Geprägeformel"69

1. (Grundsätzliche) Zustimmung zur "Geprägeformel"69
2. Kritik an bzw. Ablehnung der Geprägeformel70
3. Zitierung in anderen Gerichtsentscheidungen71

II. Einordnung der Wirkungen der "Geprägeformel"72

1. Reichweite der Begrenzung durch die "Geprägeformel"73
2. Fazit zur Reichweite der Begrenzung73

III. Begrenzungswirkung der "Geprägeformel" für die Bahnpolizei74

1. Notwendigkeit der Geprägeformel76

2. Wirksamkeit der Geprägeformel.....	80
a. Auf Bahnanlagen begrenzte und sachlich eingeschränkte Zuständigkeiten	81
b. Beanspruchung von 1/6 des Personals des Bundesgrenzschutzes	83
IV. Fazit zur Begrenzungswirkung der „Geprägeformel“	85
C. ALTERNATIVEN ZUR „GEPRÄGEFORMEL“	88
I. Zuordnung der Bahnpolizei unter Nutzung aller Auslegungsmethoden	89
II. Grammatikalische Auslegung zur Bahnpolizei.....	90
III. Genetische/historische Auslegung bezüglich der Bahnpolizei.....	90
1. Genetische Auslegung.....	90
2. Historische Auslegung	92
a. Besondere Bedeutung der Historie in Entscheidungen des BVerfG.....	93
b. Gemeinsame Merkmale der Entscheidungen des BVerfG zum „Herkömmlichen“ und „Traditionellen“ und ihr Bezug zur Bahnpolizei	97
aa. Bewertung der Bundeskompetenz für die Bahnpolizei unter Berücksichtigung der historischen Lage	100
aaa. Keine ausdrückliche Übertragung der Bahnpolizei in der WRV	102
bbb. Bahnpolizei unter Geltung des Grundgesetzes	102
ccc. Fazit zur historischen Entwicklung der Bahnpolizei	102
bb. Übertragung von Regelungen der WRV auf das Grundgesetz.....	103
aaa. Bundesstaat und Gesetzgebung in der WRV.....	104
bbb. Verwaltungs- und ungeschriebene Kompetenzen in der WRV.....	106
ccc. Verfassungsänderungen in der WRV.....	107
3. Fazit zur Übertragung von Regelungen der WRV	107
IV. Ergebnis der historisch-genetischen Auslegung bezüglich der Bahnpolizei	109
V. Systematische und teleologische Auslegung der Kompetenz zur Bahnpolizei.....	111
1. Ungeschriebene Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenzen	113
a. Ungeschriebene Gesetzgebungskompetenzen	114
b. Ungeschriebene Verwaltungskompetenzen	115
c. Ungeschriebene Zuständigkeit als eigenständige Kompetenzgrundlage	118
2. Kompetenz aus der Natur der Sache	119
3. Zulässigkeit und Merkmale der Annexkompetenz.....	120
a. Voraussetzungen für die Annahme von Annexkompetenzen nach der Rechtsprechung des BVerfG und des BVerwG	123
aa. Ordnungsgewalt als Annex eines Sachgebiets	124
bb. Notwendiger Zusammenhang mit dem Kompetenztitel	128
cc. Ausgehende und einwirkende Gefahren können umfasst sein	129
dd. Ordnungsrecht als organisatorisches Folgekonzept	130
ee. Überörtlichkeit der Gefahr im Sinne einer die Grenzen der Länder überschreitenden nationalen Aufgabe	131
ff. Verwaltungskompetenz zur Durchführung des Selbstschutzes	132
b. Auswertung der Entscheidungen zur Annexkompetenz	133
c. Kriterien für das Vorliegen einer Annexkompetenz für die Bahnpolizei.....	140
4. Zulässigkeit und Merkmale für eine Kompetenz kraft Sachzusammenhang.....	142
a. Voraussetzungen für eine Kompetenz kraft Sachzusammenhang	144
aa. "unerlässliche Voraussetzung für die Regelung der zugewiesenen Materie"	145
bb. formellose Ablehnung von Kompetenzen kraft Sachzusammenhang	147
cc. Forderung nach einem "zwingenden Konnex"	148
b. Auswertung der Entscheidungen zum Sachzusammenhang	151
c. Kriterien einer Kompetenz kraft Sachzusammenhang für die Bahnpolizei	156
d. Reihenfolge der Prüfung einer Annexkompetenz bzw. einer Kompetenz kraft Sachzusammenhangs für die Bahnpolizei	157

VI. Anwendung aller Auslegungsmethoden für Zuordnung der Bahnpolizei nötig	158
---	------------

D. KRITERIEN UND ERGEBNIS BEZÜGLICH DER ZUORDNUNG DER BAHNPOLIZEI	160
--	------------

I. Untersuchung der Tätigkeiten der Bahnpolizei.....	161
1. Organisationen mit Sicherheitsaufgaben auf den Bahnanlagen	163
a. Generelle Abgrenzung von Polizei und Ordnungsbehörden	163
b. Abgrenzung Bundespolizei und Eisenbahnbundesamt	164
c. Zuständigkeit des EBA zur Gefahrenabwehr im Rahmen der Betriebsaufsicht.....	166
2. Gefahren nach § 3 Absatz 1 Nummer 2 BPolG.....	168
3. Gefahren nach § 3 Absatz 1 Nummer 1 BPolG.....	171
aa. Begriff des Benutzers der Bahn	173
bb. Bahnhofsvorplatz als Teil der Bahnanlage	174
cc. Ergebnis zu den Gefahren nach § 3 Absatz 1 Nummer 1 BPolG.....	175
4. Sicherheitsvorsorge der Deutschen Bahn AG	179

II. Zusammenfassende Bewertung zur Zuordnung der Bahnpolizei	180
---	------------

III. Zusammenfassende Thesen zur Zuordnung der Bahnpolizei.....	183
--	------------

E. LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS.....	186
--	------------